



EDITORIAL

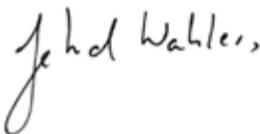
Liebe Leserinnen und Leser,

angesichts der europäischen Finanz- und Schuldenkrise hat Deutschland durch seine ökonomische Stärke an politischem Gewicht gewonnen. Deutschlands Nachbarn und Verbündete erwarten von Berlin, wie es der polnische Außenminister Radoslaw Sikorski ausgedrückt hat, Führung und Orientierung. Dies gilt auch im Bereich der Sicherheitspolitik. US-Präsident Barack Obamas Neuausrichtung auf die Asien-Pazifik-Region und eine auffällige sicherheitspolitische Zurückhaltung der Vereinigten Staaten haben Auswirkungen auf Deutschland und Europa. Die Europäische Union steht vor der Aufgabe, mehr Verantwortung für die Stabilität in der Welt und insbesondere in ihrer Nachbarschaft zu übernehmen. Bislang haben die durch die Wirtschafts- und Finanzkrise bedingten Einschnitte in den nationalen Verteidigungshaushalten nicht zu mehr Zusammenarbeit geführt.

Ermutigend stimmt, dass sich Union und SPD in den Koalitionsverhandlungen zügig auf eine stärkere Einbindung der Bundeswehr in Nato- und EU-Strukturen einigen konnten. Die Arbeitsgruppe zur Verteidigungspolitik war im Vorfeld die erste, die ihre Arbeit mit konkreten Ergebnissen beendete. Im Koalitionsvertrag, der auch die wichtige Rolle der politischen Stiftungen würdigt, bekennen sich Union und SPD zur „Stärkung einer ressortübergreifenden Zusammenarbeit im Verständnis einer effektiven Außen- und Sicherheitspolitik, für deren Erfolg sich zivile und militärische Instrumente ergänzen müssen“. Eine engere Zusammenarbeit, auch auf europäischer Ebene, ist in der Tat geboten: Deutschland und die Staaten der EU müssen in Zukunft neben der Gefahrenabwehr auch ein globales Risikomanagement betreiben, das sich der diffusen und zahlreich auftretenden Sicherheitsrisiken annimmt. Diese sind unter anderem Terrorismus, Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, innerstaatliche Konflikte, Flucht, Migration und Klimawandel. Eine weitere sicherheitspolitische Herausforderung für die neue Bundesregierung besteht in der Bekämpfung der Piraterie: Deutschland als Exportland hat ein hohes Interesse an der Sicherung maritimer Handelsrouten. Diese Ziele werden nur auf dem Weg internationaler Kooperation zu erreichen sein.

Mit Veranstaltungen und Publikationen wie der Reihe „Perspektiven deutscher Außenpolitik“ weist die Konrad-Adenauer-Stiftung auf außen- und sicherheitspolitische Lösungsansätze angesichts veränderter weltweiter Bedingungen hin. Aufstrebende Schwellenländer mit strategischen Ambitionen bemühen sich um größere politische und wirtschaftliche Handlungsspielräume, die sie sicherheitspolitisch abzusichern suchen. Am Beispiel Brasiliens zeigen Adriana Erthal Abdenur und Danilo Marcondes de Souza Neto in dieser Ausgabe, wie Initiativen zur Sicherung von Ressourcen unter dem Meeresboden und der Ausbau militärischer Präsenz zur Sicherung von Handelswegen neue *global player* auf dem Feld der maritimen Sicherheit entstehen lassen. Militärische Aufrüstung führt zu Spannungen und Konflikten, besonders im Südchinesischen Meer, aber auch im Südatlantik. Die Autoren aus Brasilien schreiben von der Gefahr, ein „neubelebter Nationalismus [könne] Spannungen hervorrufen, insbesondere wenn Staaten, die zuvor mit Brasilien um den Führungsanspruch in Lateinamerika gerungen hatten, der Handlungsweise Brasiliens mit Argwohn begegnen“. Chancen und Risiken des neuen brasilianischen Engagements kamen im November in Rio de Janeiro zur Sprache. Jährlich lädt die Konrad-Adenauer-Stiftung dort Vertreter aus Zivilgesellschaft, Politik und Wissenschaft zu einer Internationalen Sicherheitskonferenz.

Die Reaktion in Deutschland auf Aufforderungen, sich strategisch stärker engagieren, zeigen, dass vielen Deutschen die durch den gestiegenen Einfluss gewachsene Verantwortung noch unheimlich ist. Die Bundesrepublik Deutschland bedarf jedoch einer strategischen Diskussionskultur, die Erfordernisse beim Namen nennt. Durch ihre nationale und internationale Arbeit zu sicherheitspolitischen Themen leisten wir einen Beitrag dazu, die Strategiefähigkeit deutscher Außenpolitik zu verbessern.



Dr. Gerhard Wahlers
Stellvertretender Generalsekretär

gerhard.wahlers@kas.de